

## Frauen in Simbabwe

Wir begegnen in Simbabwe einer etwa vierzigjährigen, alleinerziehenden Mutter – nennen wir sie Chivimbiso. Sie kümmert sich um ihre drei eigenen Kinder, und um die drei Mädchen ihres verstorbenen Bruders.

Es war der 18. November 2017, der Tag als Emmerson Mnangagwa erfolgreich gegen Präsident Mugabe putschte, da schöpfe Chivimbiso gemeinsam mit allen anderen Simbabwer\*innen wieder Hoffnung: Hoffnung auf ein anderes, ein besseres Leben sowie auf ein sichereres Umfeld und eine Zukunft für ihr Land. Robert Mugabe war der Präsident Simbawes, mit dem sie großgeworden ist, sie kennt keinen anderen.

Aufgewachsen ist Chivimbiso mit drei Geschwistern. Sie alle haben inzwischen Simbabwe verlassen haben. Sie selbst hat keine feste Arbeit mehr und hält sich mit Kaufen und Verkaufen über Wasser. Zum Einkaufen reist sie in eines der Nachbarländer, vielleicht Südafrika oder Botswana. Dazu nimmt sie meist den Bus, um dann Güter des alltäglichen Gebrauchs an einem wackeligen Stand irgendwo an einer Straßenkreuzung in ihrer Heimatstadt zu verkaufen. Chivimbiso hat auch schon mal darüber nachgedacht, in die Politik zu gehen, aber es scheint heutzutage ein gefährliches Unterfangen zu sein. Sie hat mitbekommen, was Frauen wie Joice Mujuru und Thokozani Khuphe widerfahren ist, die ihre großen Idole waren und sich politisch engagieren: Sie wurden Drohungen und körperlicher Gewalt ausgesetzt und aus ihren jeweiligen politischen Parteien ausgeschlossen.

Der 18. November sollte mit Emmerson Mnangagwa ein Neuanfang sein, Chivimbiso tanzte mit anderen auf der Straße. Sie tanzten in der Hoffnung auf Besserung. Doch heute tanzen sie nicht mehr. Alles sieht ganz anders aus, von den Versprechungen ist nichts geblieben.

Bei den Wahlen im darauffolgenden Jahr traten über 130 politische Parteien und 23 Präsidentschaftskandidaten an. Am Wahltag selbst, im August 2018, kam es zu Schießereien und wahrscheinlich wieder zu Wahlfälschungen, wie gehabt. Chivimbiso hatte gehofft, dass ihre Geschwister mit vielen anderen Simbabwer\*innen aus der Diaspora jetzt nach Hause kämen und das Land wieder aufbauen würden. Doch sie alle warten weiter ab, besonders angesichts der sich nun noch weiter verschlechternden wirtschaftlichen Lage.

Die Benzinpreise etwa steigen stetig an und verteuern alle anderen Produkte, so dass Chivimbiso kaum mehr etwas verkauft. Die Generalstreiks in der Stadt verhindern, dass Händler\*innen wie Chivimbiso ihre Waren überhaupt anbieten können. Geschäfte

werden geplündert, Häuser angezündet und Barrikaden aufgestellt. Die Regierung lässt Soldaten aufmarschieren, Menschen werden gejagt und getötet und es gibt niemanden, der die Verantwortung dafür übernimmt. Menschen verschwinden, keiner weiß, was aus ihnen geworden ist, niemand bekennt sich dazu. Sie sind weder in offiziellen Gefängnissen noch in Leichenhallen. Marodierende Gruppen streifen durchs Land. Keiner weiß, wer sie bezahlt, vielleicht die regierende Partei ZANU-PF? Hat sie jemand im Griff oder werden sie zu einem weiteren Problem?



In Simbabwe ändert sich die Währung immer wieder. Chivimbisos grenzüberschreitender Handel leidet darunter. Hatte sie gestern noch mit USDollar bezahlt, muss sie diese heute in Bond-Noten umwandeln, die viel weniger wert sind. Und nun kommt wieder der ZimDollar, der schon inflationär ist, bevor die Banknoten im Umlauf sind. Immer wieder steht sie Stunden lang mit vielen anderen Menschen vor Bankautomaten, die nichts mehr ausspucken. Selbst wenn noch Geld auf dem Konto ist, kommt man nicht ran. Geldfälscher\*innen oder Trickbetrüger\*innen nutzen diese Situation aus. Chivimbisos Geschwister schicken ihr Geld über Western Union, doch die dort fälligen Gebühren schmälern das Wenige noch mehr. Sie müssen selbst für ihre Familien sorgen, das Leben in London oder Toronto ist teuer, auch sie haben oft keine festen Jobs, die ihrer Qualifikation entsprechen würden.

Simbabwe öffne sich für Investitionen - so versprach es Präsident Mnangagwa. Doch gleichzeitig schränkt er die Freiheit der Menschen ein. Doch auch die Öffnung war nicht mehr als eine leere Versprechung.

Die Wahlen und das finanzielle Überleben sind nur einige der Sorgen von Chivimbiso. Ihre Mutter leidet an Diabetes und Bluthochdruck. Bisher kam sie mit ihrer Rente zurecht, doch jetzt reicht sie nicht mehr für Medikamente. Selbst der Bus zum Krankenhaus ist nun zu teuer und so verpasst sie ihre Routineuntersuchungen. Wenn sie es doch mal bis zum Krankenhaus schaffen, so sind da kaum mehr Ärzte. Medikamente werden nur gegen Devisen verkauft. Doch damit wollte Chivimbiso eigentlich neue Ware kaufen. Sie musste schon für den Bus auf ihre Ersparnisse zurückgreifen. Ihre Geschwister hatten versprochen, sie zu unterstützen, doch bisher kam kein zusätzliches Geld für die Mutter an.

Chivimbiso sitzt in der Klemme, denn ihr eigentlich florierendes Geschäft mit kalten Getränken, die sie an Schulkinder verkaufte, geht zurück. Schuld daran sind die permanenten Stromausfälle. Und auch das Wasser kommt nur noch selten aus der Leitung. Es wird immer schwerer an die Dinge des täglichen Bedarfs zu kommen.



In der Politik reden sie von Korruptionsbekämpfung. Doch das ist alles eine Farce, die Verhafteten sind schnell wieder frei. Veränderungen, auch politische, dauern ihre Zeit und sind noch nicht mal am Horizont zu sehen.



Aber was müsste denn dafür getan werden, damit Chivimiso wieder Hoffnung spürt und Licht am Ende des Tunnels sieht?

Die Verfassung garantiert eigentlich die Grundlage für eine starke Demokratie. Darauf kann das Land aufbauen. Wenn jetzt von einem nationalen Dialog gesprochen wird, so müssen in diesen Dialog alle, auch Menschen wie Chivimiso mit einbezogen werden. Und Politiker\*innen aller Parteien müssen gezwungen werden, sich zuzuhören. Doch gleichzeitig müssen Verbrechen, die an den Menschen auf der Straße begangen wurden, aufgeklärt und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ohne wirtschaftlichen Aufschwung, ohne Investition in die Grundversorgung, Gesundheit und Infrastruktur bleiben alle Debatten hohl und verlogen.

Die Bevölkerung hat ein Recht auf Rechtsstaatlichkeit, auf Achtung der Menschenrechte und auf Sicherheit vor Willkür. Dazu gehören Rechenschaftspflicht, Transparenz, Konstitutionalismus sowie eine Gewaltenteilung nach Grundwerten und Prinzipien.

Die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes.

*Autorin: Jestina Mukuko, Menschenrechtskativistin und Leiterin des Zimbabwe Peace Projects  
Übersetzt und redigiert: Simone Knapp, KASA*